

Erklärung

Außenministerinnen, ihre Ministerkolleginnen und Vertreterinnen von Regierungen verurteilen am Rande der 60. Tagung der Menschenrechtskommission Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen beraubt Frauen ihrer Menschenrechte. Überall auf der Welt werden zahllose Frauen und Mädchen Opfer von Gewalt, nur weil sie Frauen sind. Wir sind heute hier zusammengekommen, um unsere Stimme gegen diese am weitesten verbreitete Menschenrechtsverletzung zu erheben, die Frauen aller Altersgruppen unabhängig von ethnischer Herkunft und Religionszugehörigkeit betrifft. Zwar ist das Problem geschlechterspezifischer Gewalt heute sehr viel stärker im Bewusstsein als noch vor zwanzig Jahren, doch sind Umfang und Häufigkeit von Übergriffen gegen Frauen noch immer quer durch alle Gesellschaftsschichten und überall auf der Welt eine Tatsache.

Als Ministerinnen und Vertreterinnen von Regierungen haben wir die große Chance, im Rahmen unseres übergeordneten Ziels, Frieden, Demokratie und den Schutz der Menschenrechte zu fördern, in besonderer Weise auf geschlechterspezifische Probleme aufmerksam zu machen. Diese Politik kann jedoch nur Erfolg haben, wenn die extreme Armut, die heute zunehmend ein weibliches Gesicht trägt, bekämpft wird.

Die Wahrung der Würde und Freiheit von Frauen, der Schutz ihrer Gesundheit und ihrer Existenzgrundlage sowie die Förderung ihrer Bildung und ihrer aktiven gesellschaftlichen Teilhabe muss im Mittelpunkt unseres politischen Engagements für eine demokratische, gerechte und gleichberechtigte Gesellschaft stehen. Die Stärkung von Frauen wird auch einen aktiven und nachdrücklichen Beitrag zum Kampf gegen HIV/Aids leisten.

In diesem Zusammenhang nehmen wir zur Kenntnis, dass die Vereinten Nationen das Thema "Frauen und HIV/Aids" zum Motto des diesjährigen Internationalen Frauentags gewählt haben. Wir verpflichten uns, das Bewusstsein für die Verknüpfung zwischen sexueller Gewalt

und der Anfälligkeit von Frauen für HIV/Aids zu schärfen und alle Formen der auf HIV/Aids beruhenden Stigmatisierung und Diskriminierung zu beseitigen.

Dieses Jahr steht im Zeichen einer Reihe weiterer Ereignisse, die verstärkte Anstrengungen in unserem Kampf gegen geschlechterspezifische Gewalt erfordern. Wir feiern den 10. Tag der Verabschiedung des Mandats, mit dem das Amt der Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission über Gewalt gegen Frauen, deren Ursachen und deren Folgen geschaffen wurde. Wir benutzen diesen Anlass, der Sonderberichterstatterin für ihre Bemühungen um die Beseitigung der in allen Teilen der Welt fortbestehenden Gewalt gegen Frauen unsere uneingeschränkte Unterstützung zuzusagen.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 2004 zum Internationalen Jahr zum Gedenken an den Kampf gegen die Sklaverei und an ihre Abschaffung ausgerufen; dies bringt uns zu zeitgenössischen Formen der Sklaverei, insbesondere dem Menschenhandel. Wir begrüßen das Inkrafttreten des Protokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Wir erklären unseren festen Willen, dieses Verbrechen zu bekämpfen und unsere diesbezüglichen Maßnahmen enger aufeinander abzustimmen. Wir verpflichten uns ferner, migrationspolitische Maßnahmen zu stärken, die die Geschlechtergleichstellung in besonderem Maße fördern.

Darüber hinaus ist der 6. Februar 2004 zum Internationalen Tag der Null-Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung erklärt worden. Wir treten uneingeschränkt für einen solchen Ansatz der Null-Toleranz gegenüber jeder Form geschlechterspezifischer Gewalt ein, einschließlich traditioneller Praktiken, die die Gesundheit von über 100 Millionen Mädchen und Frauen beeinträchtigen. Wir sind der festen Überzeugung, dass soziale, kulturelle oder religiöse Faktoren nicht als Rechtfertigung für die Verletzung von Menschenrechten angeführt werden können.

Nach wie vor suchen bewaffnete Konflikte die Welt heim und werden immer grausamer ausgetragen. Frauen und Kinder leiden unverhältnismäßig stark während und nach Kriegen. Sie bilden die Mehrheit der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen. Sie müssen Vergewaltigungen und sexuelle Misshandlungen über sich ergehen lassen, Grausamkeiten, die schon von jeher in Kriegen als Waffe eingesetzt wurden. Wir sind der festen Überzeugung, dass den Konsequenzen von Konflikten für Frauen und Kinder mehr Aufmerksamkeit gelten muss, insbe-

sondere ihrem Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt. Wir unterstützen mit Nachdruck die uneingeschränkte Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit und betonen die wichtige Rolle, die Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten zukommt.

Unsere Initiative zu "Gewalt gegen Frauen", die wir in diesem Jahr aus Anlass der 60. Tagung der Menschenrechtskommission unternehmen, spiegelt unsere Entschlossenheit wider, alle Bemühungen um die weitere Förderung der Menschenrechte von Frauen zu unterstützen.

Die Gleichgültigkeit gegenüber Menschenrechten von Frauen muss überwunden und in ein echtes Engagement für den Schutz und die Förderung von Frauen umgewandelt werden. Den Erklärungen zu Gewalt gegen Frauen müssen auch Taten folgen. Wir fordern die politischen Führungen und die Zivilgesellschaften weltweit auf, gemeinsam mit uns die Barrieren aus dem Weg zu räumen, die Frauen daran hindern, in den uneingeschränkten Genuss ihrer Menschenrechte zu gelangen.

Wir bekennen uns zur Weiterentwicklung politischer Maßnahmen im Einklang mit der Pekingener Aktionsplattform, um gegen Gewalt gegen Frauen einschließlich Arbeitsmigrantinnen einzuschreiten, die Umsetzung von Rechtsvorschriften, die die Menschenrechte von Frauen schützen, zu stärken und Strategien zur Bekämpfung der Ursachen zu erarbeiten, die der geschlechterspezifischen Gewalt zugrunde liegen, sowie um das Bewusstsein für diese Tragödie zu schärfen.

Wir fordern alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, auf, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu ratifizieren oder anzunehmen. Wir fordern die Staaten dringend auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die in dem Übereinkommen verankerten Rechte für Frauen überall auf der Welt verwirklicht werden.

Gewalt gegen Frauen ist kein "Frauenthema", sondern eines, das uns alle angeht. Wir alle müssen Verantwortung dafür übernehmen, der geschlechterspezifischen Gewalt ein Ende zu setzen. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass diese Botschaft laut und deutlich gehört wird, auch von denjenigen, die dies am nötigsten haben.

Genf, 16. März 2004

I.E. Frau Christine Gallus Stellv. Außenministerin von Australien	I.E. Frau Benita Ferrero Waldner Außenministerin von Österreich
I.E. Frau Lidija Topic Stellv. Außenministerin von Bosnien und Herzegowina	I.E. Frau Monique Ilboudo Ministerin für Menschenrechte von Burkina Faso
I.E. Frau Marie Gervais Vidricaire Generaldirektorin für Globale Fragen im Außenministerium von Kanada	I.E. Frau Maria de Fatima Lima Veiga Außenministerin von Kap Verde
I.E. Frau Carolina Barco Isakson Außenministerin von Kolumbien	I.E. Frau Victorine Wodié Ministerin für Menschenrechte von Côte d'Ivoire
I.E. Frau Jadranka Kosor Stellv. Premierministerin von Kroatien	I.E. Frau Maria-Madeleine Kalala Ministerin für Menschenrechte der Demokratischen Republik Kongo
I.E. Frau Kristiina Ojuland Außenministerin von Estland	I.E. Frau Maria Eugenia Brizuela de Avila Außenministerin von El Salvador
I.E. Frau Noëlle Lenoir Staatsministerin für europäische Angelegenheiten von Frankreich	I.E. Frau Claudia Roth Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland
I.E. Frau Marta Altoraguirre Vize-Außenministerin von Guatemala	I.E. Frau Margherita Boniver Vize-Außenministerin von Italien
I.E. Frau Yoriko Kawaguchi Außenministerin von Japan	I.E. Frau Asma Khadar Staatsministerin und Regierungssprecherin von Jordanien
I.E. Frau Lydie Polfer Außenministerin von Luxemburg	I.E. Frau Ilinka Mitreva Außenministerin von Mazedonien
I.E. Frau Frances Rodrigues Vize-Außenministerin von Mosambik	I.E. Frau Aïchatou Mindaoudou Außenministerin von Niger
I.E. Frau Leila Rachid de Cowles Außenministerin von Paraguay	I.E. Frau Delia Domingo Albert Außenministerin der Philippinen
I.E. Frau Teresa Patricia Gouveia Außenministerin von Portugal	I.E. Frau Edda Mukabagwiza Justizministerin von Ruanda
I.E. Frau Nkosazana C. Dlamini Zuma Außenministerin von Südafrika	I.E. Frau Ana Palacio Außenministerin von Spanien
I.E. Frau Maria Elizabeth Levens Außenministerin von Suriname	I.E. Frau Laila Freivalds Außenministerin von Schweden
I.E. Frau Micheline Calmy-Rey Außenministerin der Schweiz	I.E. Frau Amat Al-Aleem Alsoswa Ministerin für Menschenrechte von Jemen
	I.E. Frau Maria Soledad Alvear Außenministerin von Chile

H.E. Mrs. Christine Gallus
Deputy Minister of Foreign Affairs of Australia

H.E. Mrs. Benita Ferrero Waldner
Minister of Foreign Affairs of Austria

H.E. Mrs. Lidija Topic
Deputy Minister of Foreign Affairs of Bosnia and Herzegovina

H.E. Mrs. Monique Ilboudo
Minister for Human Rights of Burkina Faso

H.E. Mrs. Marie Gervais Vidricaire
Director General for Global Issues at the Ministry of Foreign Affairs of Canada

H.E. Mrs. Maria de Fatima Lima Veiga
Minister of Foreign Affairs of Cap Verde

H.E. Mrs. Carolina Barco Isakson
Minister of Foreign Affairs of Colombia

H.E. Mrs. Victorine Wodié
Minister for Human Rights of Côte d'Ivoire

H.E. Mrs. Jadranka Kosor
Deputy Prime Minister of Croatia

H.E. Mrs. Marie-Madeleine Kalala
Minister for Human Rights of the Democratic Republic of Congo

H.E. Mrs. Kristiina Ojuland
Minister of Foreign Affairs of Estonia

H.E. Mrs. Maria Eugenia Brizuela de Avila
Minister of Foreign Affairs of El Salvador

H.E. Mrs. Noëlle Lenoir
Minister Delegate of European Affairs of France

H.E. Mrs. Claudia Roth
Federal Government Commissioner for Human Rights Policy and Humanitarian Aid at the Ministry of Foreign Affairs of Germany

H.E. Mrs. Marta Altoraguire
Vice Minister of Foreign Affairs of Guatemala

H.E. Mrs. Margherita Boniver
Vice Minister of Foreign Affairs of Italy

H.E. Mrs. Yoriko Kawaguchi
Minister of Foreign Affairs of Japan

H.E. Mrs. Asma Khadar
Minister of State and Government Spokesperson of Jordan

H.E. Mrs. Lydie Polfer
Minister of Foreign Affairs of Luxembourg

H.E. Mrs. Ilinka Mitreva
Minister of Foreign Affairs of the ~~former~~ Republic of Macedonia

H.E. Mrs. Frances Rodrigues
Vice Minister of Foreign Affairs of Mozambique

H.E. Mrs. Aïchatou Mindaoudou
Minister of Foreign Affairs of Niger

H.E. Mrs. Leila Rachid de Cowles
Minister of Foreign Affairs of Paraguay

H.E. Mrs. Delia Domingo Albert
Secretary of State of Philippines Foreign Affairs

H.E. Mrs. Teresa Patricia Gouveia
Minister of Foreign Affairs of Portugal

H.E. Mrs. Edda Mukabagwiza
Minister of Justice of Rwanda

H.E. Mrs. Nkosazana C. Dlamini Zuma
Minister of Foreign Affairs of South Africa

H.E. Mrs. Ana Palacio
Minister of Foreign Affairs of Spain

H.E. Mrs. Maria Elizabeth Levens
Minister of Foreign Affairs of Suriname

H.E. Mrs. Laila Freivalds
Minister of Foreign Affairs of Sweden

H.E. Mrs. Micheline Calmy-Rey
Minister of Foreign Affairs of Switzerland

H.E. Mrs. Amat Al-Aleem Alsoswa
Minister for Human Rights of Yemen

H. E. Mrs. Maria Soledad Alvear
Minister of Foreign Affairs of Chile